

Nr. 09 | Mai 2020

## Liebe Leserinnen und Leser,

am 9. Mai 1950 wurde die beste und die größte politische Idee des 20. Jahrhunderts geboren. Der damalige französische Außenminister Robert Schumann hatte eine Vision: ein geeintes Europa mit Frieden und dauerhafter Zusammenarbeit. Heute steht das EU-Projekt wieder vor einer harten Bewährungsprobe. Trotz der Schengener Abkommen, die insbesondere die stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden EU-Staaten abschaffen sollen, sind viele Grenzen derzeit geschlossen. Das unsichtbare Virus dient oftmals als Vorwand. Doch ob Warendienstleistung, Reise- oder Niederlassungsfreiheit: Europa lebt von seinen offenen Grenzen. Und Viren machen keinen Stopp vor geographischen Grenzen!

Gerade deshalb ist ein europäischer Ansatz unerlässlich, um mobile Anwendungen zu entwickeln und Personen nachzuverfolgen, die infiziert sind oder Gefahr laufen, sich zu infizieren. In einigen Mitgliedsstaaten sind solche Apps bereits im Einsatz. Wichtig dafür ist eine einheitliche europäische Datenarchitektur, damit die einzelnen Apps über EU-Grenzen hinweg kompatibel und interoperabel sind. Der Datenschutz ist beim Einsatz von sogenannten Tracing Apps ein zentraler Aspekt, weshalb EU-Standards in jedem Fall eingehalten werden müssen. Wir müssen gleichzeitig sicherstellen, dass die Daten nur zum Zweck der Virusbekämpfung gesammelt, lokal und anonym erfasst sowie zeitlich auf die Corona-Krise begrenzt genutzt werden!

Axel Voss (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, hat sich zur Plenardebatte über die Nutzung von Tracing Apps zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geäußert. Seine Erklärung hierzu finden Sie [hier](#).

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 13. bis 16. Mai 2020 waren:

- Ergebnisse des jüngsten EU-Video-Gipfels: Debatte mit Ratspräsident Michel und Ursula von der Leyen
- Neuer langfristiger EU-Haushalt und Konjunkturprogramm: Mut und Ehrgeiz nötig
- Langfristiger EU-Haushalt: Parlament will Notfallplan für 2021
- Corona-Apps sowie COVID-19 Impfstoffe und Medikamente
- 70 Jahre Schuman-Erklärung
- Neue Reifenkennzeichnung mit Informationen über Energieverbrauch und Haftung
- Corona-Schäden: EP stimmt über 3-Mrd.-Euro-Darlehen an EU-Partnerländer ab

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marlene Mortler

## **Ergebnisse des jüngsten EU-Video-Gipfels: Debatte mit Ratspräsident Michel und Ursula von der Leyen**

Die Abgeordneten erörterten die Ergebnisse der jüngsten Videokonferenz des Europäischen Rates zur Verringerung der Auswirkungen von COVID-19 auf EU-Bürger und Unternehmen. Die Mitglieder des Europäischen Rates haben am 23. April 2020 über die verschiedenen Aspekte der Reaktion der EU auf den COVID-19-Ausbruch beraten. Dabei handelte es sich um die vierte Videokonferenz dieser Art. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten den Fahrplan für die Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sowie den gemeinsamen Fahrplan für die Aufbauphase. Darüber hinaus begrüßten sie die Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer, Unternehmen und Staaten, die ein Paket im Wert von 540 Milliarden Euro umfassen und bis zum 1. Juni einsatzbereit sein sollen. Außerdem beauftragten sie die Kommission, auf einen Vorschlagsentwurf für einen Wiederauffüllungsfonds hinzuwirken.

## **Neuer langfristiger EU-Haushalt und Konjunkturprogramm: Mut und Ehrgeiz nötig**

Europas Krisenmanagement ist in einer entscheidenden Phase. Die gewaltigen Auswirkungen der Corona-Krise auf Wirtschaft und Gesellschaft werden europäisches Handeln in den kommenden Jahren bestimmen. Der EU-Haushalt 2021-2027 muss die richtigen Weichen stellen. Alle müssen Solidarität und Verantwortungsbewusstsein zeigen und wissen, dass Europa nur gemeinsam diese Krise überwinden kann. Der EU-Haushalt hat wahrlich große Aufgaben zu bewältigen, und wir müssen jetzt eine gute Balance finden zwischen Kredithilfen und Zuschüssen für Infrastrukturinvestitionen. Der EU-Finanzrahmen 2021-2027 muss unter historisch einmaligen Umständen erarbeitet werden. Nach dem Austritt Großbritanniens gibt es weniger Nettozahler. Dazu verlangen die gewaltigen wirtschaftlichen Nachwirkungen der Corona-Krise einen groß angelegten Wiederaufbauplan. Die EU-Kommission ist von den EU-Staats- und Regierungschefs mit einem neuen Vorschlag beauftragt worden. Umstritten ist, welche Balance zwischen Kredithilfen und Zuschüssen gefunden werden soll und welche Art von Zweckbindung dabei notwendig ist.

## **Langfristiger EU-Haushalt: Parlament will Notfallplan für 2021**

Die Kommission soll einen Notfallplan vorlegen, um die weitere Bereitstellung von EU-Mitteln zu gewährleisten, falls der nächste EU-Finanzrahmen nicht zum 1. Januar 2021 in Kraft ist. Der Plan muss die unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise berücksichtigen, heißt es in dem Entwurf. Hauptziel ist allerdings, die weitere Bereitstellung von EU-Finanzmitteln für die Empfänger von EU-Programmen, seien es Bürger, Regionen, Städte, Landwirte, Universitäten oder Unternehmen, zu gewährleisten und das Risiko auszuschließen, dass der gegenwärtige MFR und die EU-Programme in ungeordneter Weise verlängert oder gar teilweise eingestellt werden müssen, da sie ein Verfallsdatum zum Jahresende haben. Langwierige Diskussionen zwischen den Mitgliedsstaaten haben das Verfahren der Aufstellung des nächsten MFR für 2021-2027 bereits stark verzögert. Außerdem will die EU-Kommission in Kürze einen überarbeiteten MFR-Vorschlag vorlegen, einschließlich eines Corona-Konjunkturprogramms, was weitere Diskussionen nach sich ziehen wird.

## Corona-Notmaßnahmen in Ungarn: EU-Grundwerte in Gefahr

Am Mittwochabend diskutierten die Abgeordneten über die Corona-Notmaßnahmen in Ungarn und deren Auswirkungen auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. In seiner Entschließung vom 17. April hob das Parlament hervor, dass alle Corona-bezogenen Maßnahmen „im Einklang mit der Rechtsstaatlichkeit stehen müssen, strikt zu den Erfordernissen der Situation verhältnismäßig sein müssen sowie eindeutig mit der andauernden Gesundheitskrise zusammenhängen, zeitlich begrenzt sein und einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen müssen.“ Die Entscheidungen in Ungarn, den Ausnahmezustand auf unbestimmte Zeit zu verlängern, der Regierung ein parlamentarisches Mandat zu erteilen, unbegrenzt durch Erlasse zu regieren, und die Aufsicht des Parlaments zu schwächen, seien „absolut unvereinbar mit den europäischen Werten“, heißt es in der Resolution. Die Abgeordneten forderten die Kommission auf, sämtliche verfügbaren Instrumente und - auch finanziellen - Sanktionen der EU umfassend zu nutzen, um gegen diesen „schwerwiegenden und anhaltenden Verstoß“ vorzugehen, und drängten den Rat, das laufende Verfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn wieder auf seine Tagesordnung zu setzen.

## Corona-Apps sowie COVID-19 Impfstoffe und Medikamente

Im Kampf gegen COVID-19 ist ein europäischer Ansatz zur Analyse von Gesundheitsdaten und insbesondere zur Verfolgung von Infektionsketten über Mobilitätsdaten unerlässlich. Wir brauchen dafür eine einheitliche europäische Datenarchitektur, damit die einzelnen Apps über EU-Grenzen hinweg kompatibel und interoperabel sind. Der Datenschutz ist beim Einsatz von Tracing Apps ein zentraler Aspekt, weshalb EU-Standards in jedem Fall eingehalten werden müssen. Wir müssen gleichzeitig sicherstellen, dass die Daten nur zum Zweck der Virusbekämpfung gesammelt, lokal und anonym erfasst sowie zeitlich auf die Corona-Krise begrenzt genutzt werden.

Im Kampf gegen das Coronavirus brauchen wir zudem so schnell wie möglich einen Impfstoff sowie Medikamente. Sollte ein Impfstoff zunächst in den USA oder in China entwickelt werden, muss die EU alles dafür tun, dass der Impfstoff tatsächlich allen Ländern zur Verfügung steht. Deshalb brauchen wir einen Plan B. Rechtlich ist es möglich, beispielsweise Zwangslizenzen zu erteilen und Medikamente sowie Impfstoffe auch ohne ausdrückliche Genehmigung des Originalherstellers in der EU herzustellen. Dies müssen wir in allen europäischen Staaten und im Rest der Welt koordiniert angehen. Auch handelspolitische Maßnahmen sollten ins Auge gefasst werden, um dafür zu sorgen, dass Medikamente und Impfstoffe wirklich allen in der EU und weiteren Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Das Europaparlament hat in seiner am 17. April angenommenen Entschließung über "Koordinierte EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen" gefordert, dass die Verwendung solcher Apps freiwillig sein und einer unabhängigen Aufsicht unterliegen sollte. Die uneingeschränkte Achtung von Grundrechten und Datenschutzgesetzen müsse gewährleistet sein.

Bei der von der EU-Kommission initiierten internationalen Corona-Geberkonferenz am 5. Mai sind 7,4 Milliarden Euro für die Suche nach Impfstoffen und Medikamenten zusammengekommen. Zwar gibt es bei der Firma BioNTech in Deutschland ein Impfstoff-Projekt, das schon mit klinischen Prüfungen am Menschen beginnen kann. Dieses wurde auch mit 50 Millionen Euro von der Europäischen Investitionsbank unterstützt. Aber vor allem amerikanische und chinesische Forscher sind bei der Impfstoff-Suche vorne.

## 70 Jahre Schuman-Erklärung

70 Jahre nach der Schuman-Erklärung, die das gemeinsame Europa nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs mitbegründet hat, stehen wir wieder vor einer riesigen Herausforderung. Nur gemeinsam und im Geiste der Solidarität können wir die größte Gesundheits- und Wirtschaftskrise der Neuzeit überwinden. Es ist gut für uns alle, wenn wir uns rückbesinnen auf damals. Jede Krise ist eine Chance. Europa kann und muss an ihr wachsen. Das ist die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt.

Am 09. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor. Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg bildeten eine Staatengemeinschaft und legten den Grundstein für eine Reihe von supranationalen europäischen Institutionen, die schließlich zur heutigen Europäischen Union wurden.

## Neue Reifenkennzeichnung mit Informationen über Energieverbrauch und Haftung

Die neue Kennzeichnung für Pkw- und Lkw-Reifen zielt darauf ab, Kraftstoff zu sparen, die Sicherheit zu verbessern und die Lärmbelastung zu verringern. Nach den neuen Vorschriften, die bereits mit dem Ministerrat vereinbart wurden, muss die Kennzeichnung die Kraftstoffeffizienz, die Nasshaftung und das externe Rollgeräusch des Reifens angeben. Künftig werden die Kennzeichnungen um Informationen zu Laufleistung, Abrieb, runderneuertem Reifen und zur Schnee- und Eishaftung ergänzt. Das neue Kennzeichnungssystem würde auch für schwere Nutzfahrzeuge (so genannte C3-Reifen) gelten, die derzeit nicht unter die EU-Kennzeichnungsvorschriften fallen. Das neue Kennzeichnungssystem könnte zu einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10 Millionen Tonnen und zu einer Umsatzsteigerung von 9 Milliarden Euro in der verarbeitenden Industrie führen.

## Corona-Schäden: EP stimmt über 3-Mrd.-Euro-Darlehen an EU-Partnerländer ab

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch über rund 3 Milliarden Euro an makrofinanzieller Unterstützung abgestimmt, um EU-Nachbarn und Partnerländer bei der Bewältigung der Pandemie-Folgen zu unterstützen. Die im Laufe eines Jahres ausgezahlte makrofinanzielle Unterstützung in Form von Darlehen würde den folgenden zehn Ländern helfen, deren Wirtschaft durch die Pandemie in eine Rezession getrieben wurde: Albanien (180 Mio. €), Bosnien und Herzegowina (250 Mio. €), Georgien (150 Mio. €), Jordanien (200 Mio. €), Kosovo (100 Mio. €), Moldau (100 Mio. €), Montenegro (60 Mio. €), Nordmazedonien (160 Mio. €), Tunesien (600 Mio. €) und die Ukraine (1,2 Mrd. €).

Um die Mittel so schnell wie möglich an die Partnerländer weiterzuleiten, stimmt das Parlament im Dringlichkeitsverfahren (gemäß Artikel 163 GO) ab, d.h. der Ausschuss für internationalen Handel überweist den Vorschlag ohne Änderungen zur direkten Abstimmung ans Plenum.

Makrofinanzhilfen (MFA) sind eine Form der regelmäßigen finanziellen Hilfe der Union für Partnerländer, die von einer Zahlungsbilanzkrise betroffen sind. Der aktuelle Vorschlag sieht eine kürzere Dauer als üblich für die Hilfen vor (ein Jahr statt zweieinhalb Jahre). Die EU will so Solidarität mit den von der Pandemie betroffenen EU-Nachbarschafts- und Östlichen Partnerschaftsländern zeigen.

Die Empfängerländer sind bereits Teil eines laufenden Programms des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Unterstützung der EU kommt zur IWF-Hilfe hinzu, um die Rezession zu bekämpfen, die u.a. durch einen Einbruch der Tourismuseinnahmen, der Migrantenüberweisungen, ausländischer Direktinvestitionen und durch einen Abfluss von Portfoliakapital verursacht wird.

---

### **Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Redaktion: Sarah Schöffler